

Demontage der Demokratie in Ungarn – eine europäische Herausforderung

Europa hat nicht nur ein Problem mit dem Euro, es muss auch lernen, wie es damit umgeht, wenn innerhalb der EU die Grundlagen der europäischen Integration, die europäischen Werte von Demokratie und Freiheit verletzt werden. Die Erfahrungen sind bisher unbefriedigend: weder gegenüber Herrn Haider in Österreich noch angesichts der höchstproblematischen Regierungszeit Berlusconis in Italien hat die EU eine angemessene Antwort gefunden.

Heute geht es um Ungarn. Im europäischen Gedächtnis sind die Verdienste Ungarns von 1989 um das Ende des Kommunismus und die Teilung Europas tief verankert. Ungarn war ein Vorreiter auf dem Weg der Verwirklichung der europäischen demokratischen Werte.

Seit Viktor Orbans „Fidesz“ im April 2010 nach der Selbstdemontage der Sozialisten die Parlamentswahl mit einer Zweidrittelmehrheit gewann, ist ein beispielloser Umbau von Staat und Gesellschaft im Gange. Orban spricht selbst von einer „Revolution an den Wahlurnen“, eine „Wiedergeburt der ungarischen Nation“ steht auf dem Programm. Für Viktor Orban, der 1989 als mutiger Vorkämpfer gegen den Kommunismus bekannt wurde, blieb die ausgehandelte Revolution von 1989/90 in Ansätzen stecken, der eigentliche Systemwechsel finde erst heute statt.

Die EU reagierte zuerst Anfang 2011, als das neue ungarische Mediengesetz die Unabhängigkeit und Freiheit der Medien empfindlich einschränkte. Nach der Intervention der EU-Kommission änderte die ungarische Regierung das Gesetz geringfügig – und Europa gab sich vorschnell zufrieden.

Inzwischen ist der Prozess der Autokratisierung Ungarns weit vorangeschritten. Der „Fidesz“ setzt zunehmend unter dem Slogan der „nationalen Zusammenarbeit und Vereinigung“ das bisher schon recht mangelhaft funktionierende Gefüge von checks und balances außer Kraft und etabliert seinen auf Dauer angelegten Einfluss auf die politischen Institutionen in Staat und Gesellschaft. Innerhalb des „Fidesz“ wiederum ist der Parteivorsitzende immer stärker das uneingeschränkte Machtzentrum.

Das Parlament – in einer demokratischen Gesellschaft der zentrale Ort öffentlicher Debatte – wird in Ungarn nach entsprechenden Änderungen der Geschäftsordnung zu einer Abstimmungsmaschine für die Vorlagen der Regierung, oft ohne angemessene Diskussion. Das Haushaltsrecht des Parlamentes – Kernfunktion einer parlamentarischen Demokratie – wurde empfindlich eingeschränkt. Die öffentlich-rechtlichen Medien wurden gleichgeschaltet, private Medien unter Kuratel einer

Medienbehörde gestellt, die für unliebsame Inhalte empfindliche Strafen verhängen kann, welche die Medienunternehmen in den wirtschaftlichen Ruin treiben können. Angst und Selbstzensur bestimmen zunehmend die Atmosphäre unter Journalisten und Redakteuren. Die Gewaltenteilung wird durch die Einflussnahme auf die Justiz schrittweise außer Kraft gesetzt. Alle wichtigen gesellschaftlichen und politischen Ämter werden mit Fidesz-Anhängern besetzt, oft nach Gesetzesänderungen mit Amtsperioden, die weit über die Legislaturperiode hinausgehen. Nach Herabsetzung des Pensionsalters sind plötzlich mehr als 200 Richterstellen neu zu besetzen – und zwar durch die Entscheidung einer einzigen, politisch von Fidesz eingesetzten Person. Die Kompetenzen des Verfassungsgerichtes wurden empfindlich eingeschränkt. Über den Status von Kirchen und Religionsgemeinschaften entscheidet mit dem neuen Kirchengesetz ohne die Möglichkeit gerichtlicher Überprüfung das Parlament. Schon verschiedentlich wurden rückwirkende Gesetze verabschiedet. Die Unabhängigkeit der Zentralbank, des Datenschutzbeauftragten und des Ombudsmannes wurden durch die neue Verfassung beschnitten. Hinzu kommen Einschränkungen des Streikrechtes. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Endlich, mit dem Inkrafttreten der neuen ungarischen Verfassung und des neuen Kirchengesetzes Anfang 2012 wurde Europa wieder wach. Die EU-Kommission eröffnet drei Verfahren wegen des Verstoßes gegen EU-Recht. Der neue Präsident des Europäischen Parlamentes lud Ministerpräsident Orbán nach Brüssel ein, um sich der Kritik zu stellen. Auch US-Außenministerin Hillary Clinton schrieb einen besorgten Brief an ihren ungarischen Amtskollegen. Doch das genügt nicht.

Europa darf nicht zusehen, wie in einem Mitgliedsland Demokratie untergraben und demontiert wird! Europa – das sind aber nicht nur die europäischen Institutionen, es sind die Bürger Europas. Deshalb ist das, was in Ungarn heute geschieht, eine Sache aller europäischen Bürger, quer durch alle politischen Parteien. Viktor Orbán hat unrecht, wenn er in Ungarn glauben machen will, die ausländische Kritik sei eine „internationale linke Verschwörung“. Mit ähnlichen Argumenten reagiert auch Putin auf Kritik im eigenen Land. So ist es zu begrüßen, wenn die Europa-Union aktiv wird und mit öffentlichen Erklärungen und Aktionen auf die gefährlichen Entwicklungen in Ungarn hinweist.

Europa braucht ein starkes, freies und demokratisches Ungarn. Dafür einzutreten ist Sache aller Europäer!

Autor Markus Meckel ist Außenminister a.D., war Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP); Vertreter der SDP am Zentralen Runden Tisch; Mitglied der Volkskammer vom 18. März bis 2. Oktober 1990, April bis August 1990 Außenminister der DDR; Mitglied des Deutschen Bundestages von 1990 bis 2009. Heute engagiert er sich u.a. im Bereich Demokratieförderung und ist Vorstandsmitglied der Stiftung European Partnership for Democracy sowie International Centre for Democratic Transition (ICDT).

Kontakt: kontakt@markusmeckel.eu